



Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa: Warum soziale Gerechtigkeit und Solidarität wichtiger denn je sind

Brüssel, 15. September 2020

Die Kommissionsdienststellen haben heute den [Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa](#) 2020 zum Thema soziale Gerechtigkeit und Solidarität veröffentlicht. Er enthält faktengestützte Analysen dazu, wie in der gesamten EU angesichts von Krisen wie der COVID-19-Pandemie sowie struktureller Veränderungen infolge der Bevölkerungsalterung und des grünen und digitalen Wandels mehr Gerechtigkeit erreicht werden kann.

Der für Beschäftigung und soziale Rechte zuständige EU-Kommissar Nicolas **Schmit** erklärte: „*Der Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa zeigt, dass die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit für die Überwindung der Krise von entscheidender Bedeutung ist. Dafür müssen die Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden. Um Resilienz, Solidarität und Zusammenhalt zu gewährleisten, muss die EU der Beschäftigung Vorrang einräumen, Ungleichheiten verringern und für Chancengleichheit sorgen. Die wirksame Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte kann uns als Richtschnur dienen.*“

Im Bericht wird festgestellt, dass die COVID-19-Pandemie tief greifende gesundheitliche, wirtschaftliche, beschäftigungspolitische und soziale Auswirkungen hat und viele der von der EU bereits erzielten Fortschritte gefährdet. Der wirtschaftliche Schock ist in allen Mitgliedstaaten größer als in den Jahren 2008–2009. Die Wirtschaftsleistung ist stark zurückgegangen, und die Arbeitslosigkeit steigt. Besonders stark betroffen sind vor allem schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen, wie Europas Jugend.

Vor diesem Hintergrund kommt der Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa zu folgenden Schlussfolgerungen:

- **Angemessene Mindestlöhne und ein angemessenes Mindesteinkommen** können sich positiv auf die soziale Mobilität der Europäerinnen und Europäer auswirken.
- Die **Stärkung der sozialen Gerechtigkeit**, unter anderem durch **Investitionen** in die Menschen, zahlt sich aus. Die **Verringerung geschlechtsspezifischer Unterschiede** lohnt sich besonders, und auch die Verlängerung des Erwerbslebens und die Anhebung des Bildungsniveaus zeigen positive Auswirkungen.
- Strukturelle Veränderungen wie der grüne Wandel müssen mit sozialen Maßnahmen einhergehen, um von Erfolg gekrönt zu sein. Insbesondere erfordert dieser Wandel **soziale Investitionen in Form von Umschulungsprogrammen** und/oder Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Dem Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa zufolge könnten sich diese Sozialinvestitionen bis 2030 auf 20 Mrd. EUR oder mehr belaufen.
- **Kurzzeitarbeitsregelungen** schützen wirksam vor dem Verlust von Arbeitsplätzen. Die EU unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Bereitstellung solcher Regelungen durch Solidaritätsmechanismen wie dem Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE).
- **Sozialer Dialog und Tarifverhandlungen** wirken sich – durch die Förderung gerechterer Löhne, besserer Arbeitsbedingungen und inklusiverer Arbeitsmärkte – auf die Gerechtigkeit und deren Wahrnehmung am Arbeitsplatz aus.

Um den durch COVID-19 verursachten Schaden zu beheben und Wirtschaft und Gesellschaft auf eine Zukunft mit schnelleren strukturellen Veränderungen vorzubereiten, müssen die EU und die Mitgliedstaaten die Chancen, die der Übergang zu einer grüneren und digitalisierten Wirtschaft bietet, voll ausschöpfen und Integrationsfähigkeit, Solidarität und Widerstandsfähigkeit in die Gestaltung aller Politikbereiche einfließen lassen. Ein zentrales politisches Ziel unseres Handelns ist ein Aufschwung auf breiter Basis, der langfristig zur Stärkung der sozialen Resilienz beitragen wird.

Hintergrund

Der von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration erstellte jährlich erscheinende

Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa bietet eine aktuelle wirtschaftliche Analyse der beschäftigungs- und sozialpolitischen Entwicklungen in Europa und thematisiert damit zusammenhängende Maßnahmenoptionen. Es handelt sich um den richtungsweisenden Bericht der Europäischen Kommission im Bereich Beschäftigung und Soziales, der gemäß den Artikeln 151, 159 und 161 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erstellt wird.

Es gibt viele Beispiele dafür, wie die Kommission die in den jährlichen Berichten aufgezeigten Probleme gezielt angeht. Im April 2020 hat die Kommission das Instrument SURE vorgeschlagen, mit dem finanzielle Unterstützung in Höhe von 100 Mrd. EUR bereitgestellt wird, um von der Coronavirus-Pandemie betroffene Arbeitsplätze und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen. Im Mai 2020 hat die Kommission einen kraftvollen, modernen und neu ausgerichteten [langfristigen EU-Haushalt](#) vorgelegt, der vom Instrument „NextGenerationEU“ flankiert wird, einem zeitlich befristeten Soforthilfeinstrument, das dazu beitragen soll, die durch die Coronavirus-Pandemie entstandenen unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Schäden zu beheben, den Aufbau anzukurbeln und eine bessere Zukunft für die nächste Generation vorzubereiten. Die Aufbau- und Resilienzfähigkeit wird eines der wichtigsten Instrumente der EU für den Aufbau sein und in den ersten, entscheidenden Jahren der Erholung eine beispiellose finanzielle Unterstützung in Höhe von 672,5 Mrd. EUR in Form von Darlehen und Finanzhilfen bereitstellen. Der [Europäische Sozialfonds Plus \(ESF+\)](#) wird weiterhin in Menschen investieren, während ein verbesserter Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, noch wirksamer unterstützen kann. Die [europäische Säule sozialer Rechte und der anstehende Aktionsplan](#) sowie Initiativen und Instrumente wie die [Europäische Kompetenzagenda](#), die [Initiative zur Förderung der Jugendbeschäftigung](#) oder das [Programm „Digitales Europa“](#) werden allesamt dazu beitragen, die im Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa ermittelten Herausforderungen zu bewältigen.

Weitere Informationen

[Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa](#)

[Beschäftigung und Sozialanalyse auf der Website der GD EMPL](#)

Nicolas Schmit auf [Facebook](#) und [Twitter](#)

Abonnieren Sie den kostenlosen E-Mail-[Newsletter](#) der Europäischen Kommission zu den Themen Beschäftigung, Soziales und Integration

IP/20/1635

Kontakt für die Medien:

[Marta WIECZOREK](#) (+32 2 295 81 97)

[Enda MCNAMARA](#) (+32 2 296 49 76)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)